

EU-Militärausgaben steigen – Aufrüstung oder Betrugsschema?

14 Mär. 2025 09:28 Uhr

Der Bundestag debattiert um einen Billionenkredit, und die EU beschließt 800 Milliarden für Aufrüstung. Und am Ende? Wird einfach nur Geld von unten nach oben geschaufelt, kleine Betrügereien eingeschlossen, wie einst in den Anfangsjahren von VW.



© Wolfmann, CC BY-SA 4.0 , via Wikimedia Commons

VW Typ 82 Kübelwagen im Arquebus Kriegsgeschichtsmuseum in Førresfjorden, Norwegen

Von Dagmar Henn

Während in Deutschland wie in Europa die große Zirkusvorstellung rund um gigantische Rüstungsausgaben läuft, scheinen einige westliche Berichte den Clowns das Bein stellen zu wollen. Vor allem mit der Frage, ob denn eine europäische Aufrüstung überhaupt funktioniert. Und selbst diese Texte kommen, jeder auf seine Weise, zu dem Schluss, dass das nicht der Fall ist, obwohl sie einige grundsätzliche Probleme dabei auslassen.

Goldman Sachs hat die militärischen Bedürfnisse Europas [betrachtet](#), sofern dort die Vereinigten Staaten als Lieferant weitgehend ausgeschlossen würden, und kommt dabei zu einigen interessanten Feststellungen. So liegen, gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts, die Rüstungsausgaben in der EU ungefähr bei der Hälfte der US-amerikanischen, im absoluten Betrag in US-Dollar etwas unter der Hälfte. Die Preise einzelner Rüstungsgüter sind jedoch teilweise noch um ein Vielfaches höher als in den USA.

Nicht, dass die US-Preise zurückhaltend wären – da gibt es auch schon den alten Witz, wenn das Pentagon eine Kaffeemaschine in Auftrag gäbe, würde das fünf Jahre dauern und die Maschine würde dann pro Stück 3.000 Dollar kosten, dafür aber das Wasser durch vergoldete Rohre leiten. Die ganze Welt durfte Zeuge werden, wie die "Unterstützung der Ukraine" weltweit die Preise für 155mm-Granaten auf das Vierfache trieb. Aber was für die USA gilt, gilt überraschenderweise noch weitaus stärker für Deutschland.

China könne, so Goldman Sachs, seinen Hauptpanzer Type 99A für 3,2 Millionen Euro pro Stück produzieren. Der russische T90 ist mit 4,2 Millionen schon deutlich teurer. Der US-Panzer M1A2 Abrams kostet bereits 17,6 Millionen, aber an der Spitze steht die aktuellste Version des deutschen Leopard 2, der A8, mit einem Preis von 29 Millionen. Also beinahe zehn chinesische Panzer für einen deutschen.

Ähnlich sei das bei selbstfahrenden Haubitzen. Die Panzerhaubitze 2000, die in mehreren Exemplaren an die Ukraine geliefert wurde, kostet mit 17 Millionen Euro mehr als das Zehnfache, was Russland – und selbst die USA – für ein solches Geschütz auf den Tisch legen müssen.

Insgesamt haben die EU-Länder zuzüglich Großbritannien beinahe so viele Kampfpanzer wie die USA und Russland zusammen, aber sie *"scheinen in Ländern konzentriert zu sein, die nicht zum Kern gehören, darunter Griechenland, Polen und Rumänien, was nahelegt, dass einige der Geräte nicht modern sind und dass ihr Einsatz auf koordinierte Weise schwierig sein könnte"*.

So kann man das auch formulieren. Dass wir hier zum großen Teil von Panzern reden, die noch aus dem Kalten Krieg stammen, ist das Eine. Immerhin war die ursprüngliche Planung bezogen auf die Ukraine wohl, Russland mit dem alten sowjetischen Material zu überrollen, nur rollte da nichts.

Interessant ist ohnehin, dass sich der Vergleich auf die EU, die USA und Russland beschränkt. Was, wenn es um Kriegsschiffe geht, erheiternd ist. Ja, im Prinzip haben die USA eine ziemlich große Flotte. Allerdings zeichnet sie sich weitgehend durch genau die Eigenschaften aus, die in Bezug auf die Panzer angedeutet wird. Bei weitem nicht alle sind seetüchtig, und alle verbringen viel Zeit in den Häfen zur Reparatur.

Überhaupt geht es ja nicht nur darum, ob die Gerätschaften funktionieren, sondern auch, für wie lange. Im Hinblick auf die Panzerhaubitze 2000 gab es beispielsweise aus der Ukraine die Meldung, das sei doch eher eine vornehme Dame, die man nicht allzu sehr belasten solle – sprich, das Rohr hielt höhere Raten von Beschuss nicht aus. Eine Eigenschaft, die auf die eine oder andere Weise große Teile des westlichen Militärmaterials auszeichnet. Aus einem ganz einfachen Grund: Früher wurden sie durch die Armeen selbst gewartet. Inzwischen ist das alles fremdvergeben, und die Rüstungsunternehmen verdienen selbst daran, wenn ihre Produkte besonders wartungsbedürftig sind. Gewissermaßen eine geschäftstüchtige Anpassung an die Tatsache, dass ein echter Einsatz dieses Materials, der immer für einen Bedarf an neuer Ware sorgt, auf absehbare Zeit nicht erwartet werden konnte.

Genau an diesem Punkt ist die F-35, das Paraded Pferd der US-Militärflugzeugindustrie – ein typischer Fall mit einem extrem hohen Wartungsbedarf je Flugstunde. Und genau hier liegt einer der entscheidenden Unterschiede zu ihren russischen Gegenstücken, die aus einem ganz simplen Grund nicht auf Wartungsrekorde hin entwickelt wurden: In den USA und in Westeuropa sind es Privatunternehmen, die Rüstungsgüter produzieren, in Russland zum großen Teil Staatsunternehmen.

Das wird selbstverständlich Goldman Sachs nie schreiben, aber genau hier liegt der Hund begraben. Vor allem, da den heutigen Politikern im Westen auch jeglicher Mut abgeht, diese Tatsache zu korrigieren

(was eigentlich, wenn die Mär vom Russen vor der Tür einen realen Gehalt hätte, durchaus möglich wäre). Nein, das Ergebnis ist das genaue Gegenteil, wenn BlackRock-Manager Friedrich Merz den Kumpanen von Rheinmetall & Co. hunderte Milliarden verspricht. Da geht es insbesondere um die Möglichkeit, überteuerte Kaffeemaschinen zu verkaufen, die wie Panzer aussehen. Also einen großzügigen Zugriff auf Steuergelder zu erhalten, für wenig Gegenwert. Was letztlich in "normalen" Zeiten die Rüstungsindustrie überhaupt für solche Bestrebungen so attraktiv macht – welche Waren gibt es sonst schon, die nie tatsächlich auf ihre Tauglichkeit getestet werden?

Bei den Lieferungen an die Ukraine, auch das ist interessant, lieferten die EU-Länder mehr schwere Waffen als die USA und mehr Luftabwehr, aber deutlich weniger Munition. Das ist das berühmte Drama mit den 155mm-Granaten und dem tschechischen Plan, eine Million davon zusammenzukaufen, der nicht funktionierte, aber seinen Teil zu der oben erwähnten Preissteigerung beitrug. Im Übrigen ist das alles nicht ganz so einfach, weil zwar das Kaliber identisch ist, dies in der Praxis aber noch lange nicht heißt, dass jedes NATO-Geschoss in jedes NATO-Geschütz passt. Dafür sorgt schon die Tatsache, dass fast jedes Land in Europa seinen eigenen militärisch-industriellen Komplex hat, der seinen Teil vom Kuchen verlangt. Daran haben auch die Fusionen der letzten Jahrzehnte grundsätzlich nichts geändert.

Die *Financial Times* greift noch einen anderen Aspekt auf, die Sorge, dass es bei US-Waffen – das erwähnte Beispiel ist die F-35 – einen "Schalter" geben könnte, mit dem die USA die Nutzung der Waffe blockieren könnten. Dabei liefert sie ein hübsches Zitat von einem Manager bei einer Rüstungsberatungsfirma, AeroDynamic Advisory, der sagt: *"Wenn man die Existenz von etwas annehmen kann, das mit einem kleinen Stück Softwarecode erledigt werden kann, dann gibt es das."*

Das größte Problem dabei sei, ergänzt ein Forscher des britischen Royal United Services Institute (RUSI), in einem ganz anderen Bereich. *"Die meisten europäischen Streitkräfte verlassen sich sehr auf die USA für Kommunikationsunterstützung, für elektronische Kriegsführung und für den Munitionsnachschub in jedem ernstem Konflikt."* Da spricht er auch von der Logistik, die nicht einfach aus dem Ärmel zu schütteln ist, aber eben auch von Kommunikation. Daten und deren Verarbeitung. Die theoretisch durch die eventuelle Aktivierung oben erwähnter Software blockiert werden könnte, womit es dann den Europäern nicht besser ginge als der Ukraine zuletzt ein paar Tage lang.

Allerdings ist selbst das, was die *Financial Times* andeutet, nur die halbe Wahrheit. Denn die Eingriffsmöglichkeiten reichen bis hinunter in die Hardware, in die Chips im Inneren fast jedes Geräts, die ebenfalls aus den USA kommen, und das sogar bei Waffen, die nicht in den USA produziert wurden. Genau an diesem Punkt achten China und Russland sehr genau darauf, einen feindlichen Zugriff zu verhindern. Das bedeutet logischerweise, nur Chips aus eigener Produktion zu nutzen.

Ja, dumm gelaufen für die EU, könnte man sagen, denn eine komplett eigene Chipproduktion mit eigenen Patenten und einer entsprechenden Software, die auf US-Anteile verzichtet, das wäre wirklich Arbeit. Das bräuchte eine Vorbereitung von vielen Jahren. So ist das mit Sicherheit nicht gedacht.

Viel entscheidender bei der ganzen Geschichte, auch wenn all diese Probleme schlimm genug sind, ist aber eine ganz andere Frage. Wenn man den Menschen erfolgreich einreden will, dass sie ihr Land verteidigen müssen, müssen sie auch das Gefühl haben, es sei ihr Land. Der Umgang mit jedem sozialen Problem in Europa in den letzten Jahren erweckt deutlich den gegenteiligen Eindruck.

Die letzte wirklich massive Aufrüstung in Deutschland begann 1933. Dabei wurde auch gründlich getäuscht – so wurde beispielsweise vorgegaukelt, es gäbe einen "Kraft-durch-Freude-Wagen", für den

man ansparen könne, bei einer Automobilfirma, die mit dem gestohlenen Vermögen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds gegründet worden war. Es gab auch ein Modell davon, auf der Internationalen Automobilausstellung in Berlin 1934, das in allen Zeitschriften beworben wurde und das aussieht wie der spätere VW Käfer, weil es im Grunde das Vorläufermodell ist, konstruiert von Ferdinand Porsche.

Aber diese Fahrzeuge gab es nicht, beziehungsweise, bis zum Jahr 1945 wurden ganze 630 Exemplare davon produziert – stattdessen allerdings Kübelwagen, Militärlastwagen, Kampfflugzeuge, Minen und Flugbomben. 60.000 Stück der Kübelwagen wurden hergestellt, und das auch noch mit mehr als 20.000 Zwangsarbeitern. Die Spareinlagen der gewöhnlichen Deutschen verschwanden auf Nimmerwiedersehen im Rüstungsbudget. Der Ort, in dem die Fabrik für die vermeintlichen Zivilfahrzeuge gebaut wurde, die dafür aus dem Boden gestampft wurde, hieß "Stadt des KdF-Wagens", bis nach der Niederlage des Hitlerfaschismus die Alliierten dafür sorgten, dass sie nach einer nahe gelegenen Burg "Wolfsburg" genannt wurde (der Raub der Gewerkschaftsgelder ist übrigens der Grund, warum bis heute das Land Niedersachsen einen größeren Anteil an VW besitzt).

Erstaunlicherweise kamen in den letzten Tagen zwei Meldungen, die an den alten Betrug rund um VW erinnern. Die eine ist, dass womöglich zwei von VW derzeit stillgelegte Automobilwerke an den Rüstungskonzern Rheinmetall gehen sollen. Da entsprechende Aussagen sowohl vom VW-Vorstand als auch vom Rheinmetall-Vorstand getroffen wurden, eine ziemlich wahrscheinliche Entwicklung. Man könnte sagen, VW bewegt sich zurück zum Ursprung, Kübelwagen und Minen.

Richtig rund wird das aber erst durch eine Aussage von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie erklärte am 11. März, die EU-Kommission wolle eine "Spar- und Investitionsunion" vorlegen. Dabei geht es darum, private Vermögen zu "erschließen", auch für den Rüstungsrausch. Nur, dass das vermutlich nicht über viel Werbung für ein nicht vorhandenes Produkt geschehen wird, wie einst beim KdF-Wagen. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Umdefinition von Bankguthaben, die im Gefolge der Eurokrise passiert ist und die leider die meisten EU-Insassen nicht mitbekommen haben, dafür genutzt wird, um Ersparnisse direkt bei der Bank abzugreifen, wie es in Zypern 2013 passiert ist.

Am Ende landet das dann alles bei BlackRock, welches nicht umsonst Großaktionär bei Rheinmetall ist und sich schon darauf freut, die letzten Reste staatlicher Reserven und private Sparguthaben zu verfrühstücken. Sie würden das natürlich auch ohne den Umweg über materielle Objekte tun, Rüstung oder nicht, aber ein wenig Schein will man doch noch wahren.

Weder die Analyse von Goldman Sachs noch der Artikel in der *Financial Times* hinterlassen den Eindruck, dass das ganze Theater einen materiellen Sinn ergibt. Es fehlen so viele Voraussetzungen, dass im Grunde gar nichts anderes herauskommen kann als ein Betrugsschema, mit dem nach dem erfolgreichen Coup via "Impfstoff" noch einmal den breiten Massen die Taschen geleert werden können. Zuletzt wird nichts anderes übrig bleiben, als die wahre Größe der EU anzuerkennen und es mit der verpönten Diplomatie zu versuchen. Wenn der Raubzug vorüber ist.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.